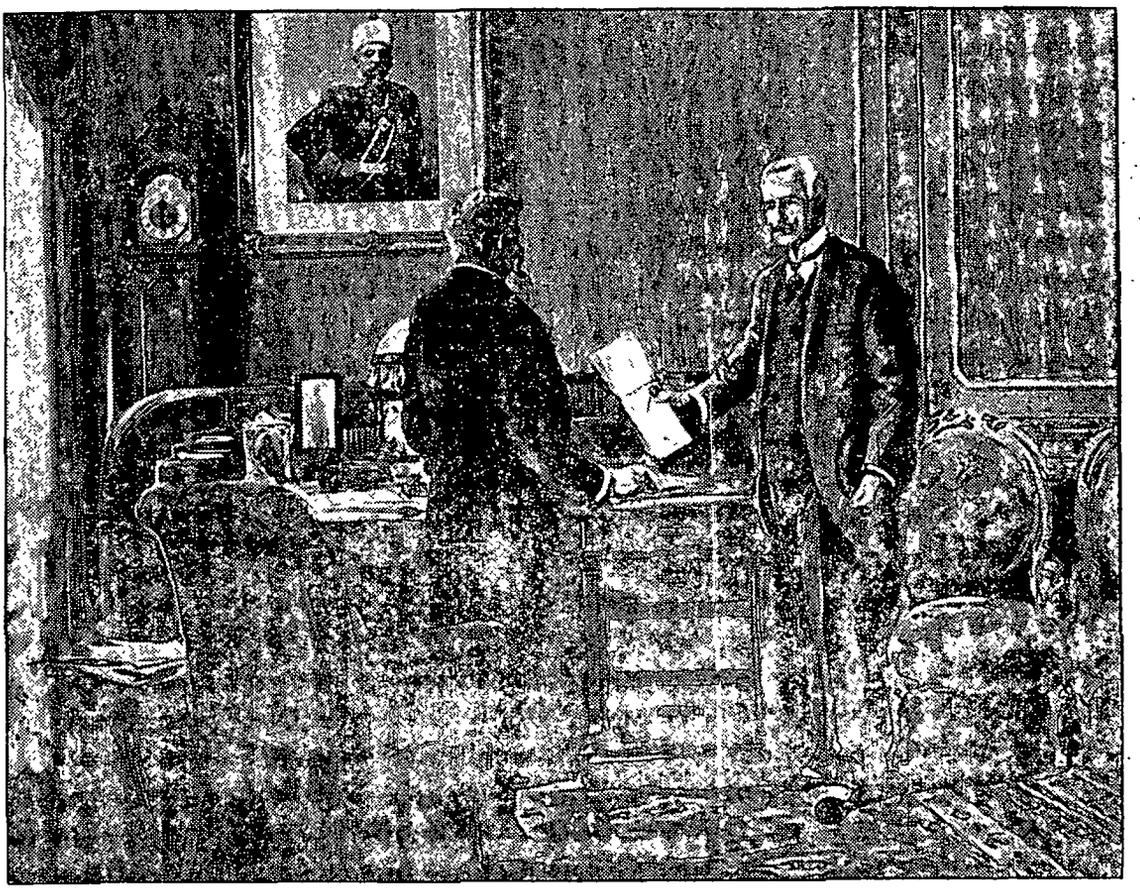


Überreichung des Ultimatums an Serbien, 23. Juli 1914*: „Die Kerls müssen geduckt werden"

Jetzt oder nie – Die Julikrise 1914

Von Professor Fritz Fischer

1. Fortsetzung

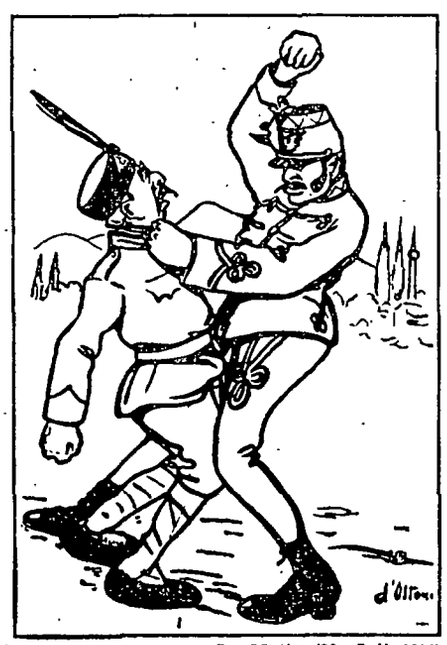
Das Nein zur englischen Vermittlung

Das Bekanntwerden der österreichisch-ungarischen Note an Serbien am Morgen des 24. Juli löste in der gesamten Welt, außer in Österreich-Ungarn und Deutschland, wo die Zustimmung überwog, Bestürzung aus. Vielfach wurde der Verdacht geäußert, daß Deutschland hinter dem Vorgehen stehe, zumindest davon wisse.

Dieser — wie sich aus den deutschen Akten ergibt — durchaus berechtigten Annahme trat Unterstaatssekretär Zimmermann, wie es auch geplant war, am 24. Juli in einem Telegramm an die Botschafter in Paris, London und Petersburg entgegen. Er behauptete, daß Deutschland „keinerlei Einfluß auf Inhalt der Note" ausgeübt und „ebensowenig wie andere Mächte Gelegenheit gehabt" habe, „dazu vor Publikation in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen".

Am Tag zuvor, am 23. Juli, hatte Jagow den Kaiser wissen lassen, daß der englische Außenminister Grey einen ersten Vermittlungsvorschlag dem Deutschen Botschafter, Fürst Lichnowsky, mitgeteilt habe, dahin gehend, Rußland solle, von England gedrängt, auf Serbien, Deutschland aber auf Österreich-Ungarn einwirken.

Des Kaisers Marginalien, mit denen er das von Staatssekretär Jagow übersandte Memorandum Lichnowskys übersäte, zeigen in voller Klarheit seine Absichten. Er wehrte sich dagegen, sich von den Briten „herablassend befehlend" behandeln zu lassen. Den Vorschlag Greys, dafür zu sorgen, daß Wien unerfüllbare Forderungen unterdrücke, will Wilhelm „zurückgewiesen" wissen:



Le Matin (30. Juli 1914)

Serbien: „Ich habe doch alle Forderungen angenommen!" — Österreich: „Ja, aber vielleicht hättest du nicht alle angenommen!"

„Wie käme ich dazu! geht mich gar nichts an! was heißt hier unerfüllbar? die Kerls (Serben) haben Agitation und Mord getrieben und müssen geduckt werden."

Mit großer Bestimmtheit unterstützte Wilhelm II. die Instruktionen des Auswärtigen Amtes, die Jagow Lichnowsky „zur Regelung seiner Sprache" mitgeteilt hatte. Dem Botschafter wurde bedeutet, „daß wir österreichische Forderungen nicht kannten, sie aber als interne Frage Österreich-Ungarns betrachteten, auf die uns Einwirkung nicht zustände".

Wie von dem russischen Außenminister Sasonow angekündigt, wirkte das Ultimatum in England „geradezu vernichtend". Trotz aller Unschuldsbeteuerungen Deutschlands, berichtete Lichnowsky, glaube man zumindest an eine „moralische Mitverantwortung". Lichnowsky fügte warnend hinzu: „Ohne Beteiligung an vermittelnder Aktion wird das Vertrauen in uns und unsere Friedensliebe hier endgültig erschüttert sein."

Die nun von England aus energisch einsetzenden Verständigungsversuche

Copyright Droste Verlag, Düsseldorf.

* Österreichs Gesandter in Belgrad, Giesl, überreicht dem serbischen Finanzminister Patschu, der den Ministerpräsidenten vertritt, das Ultimatum seiner Regierung.

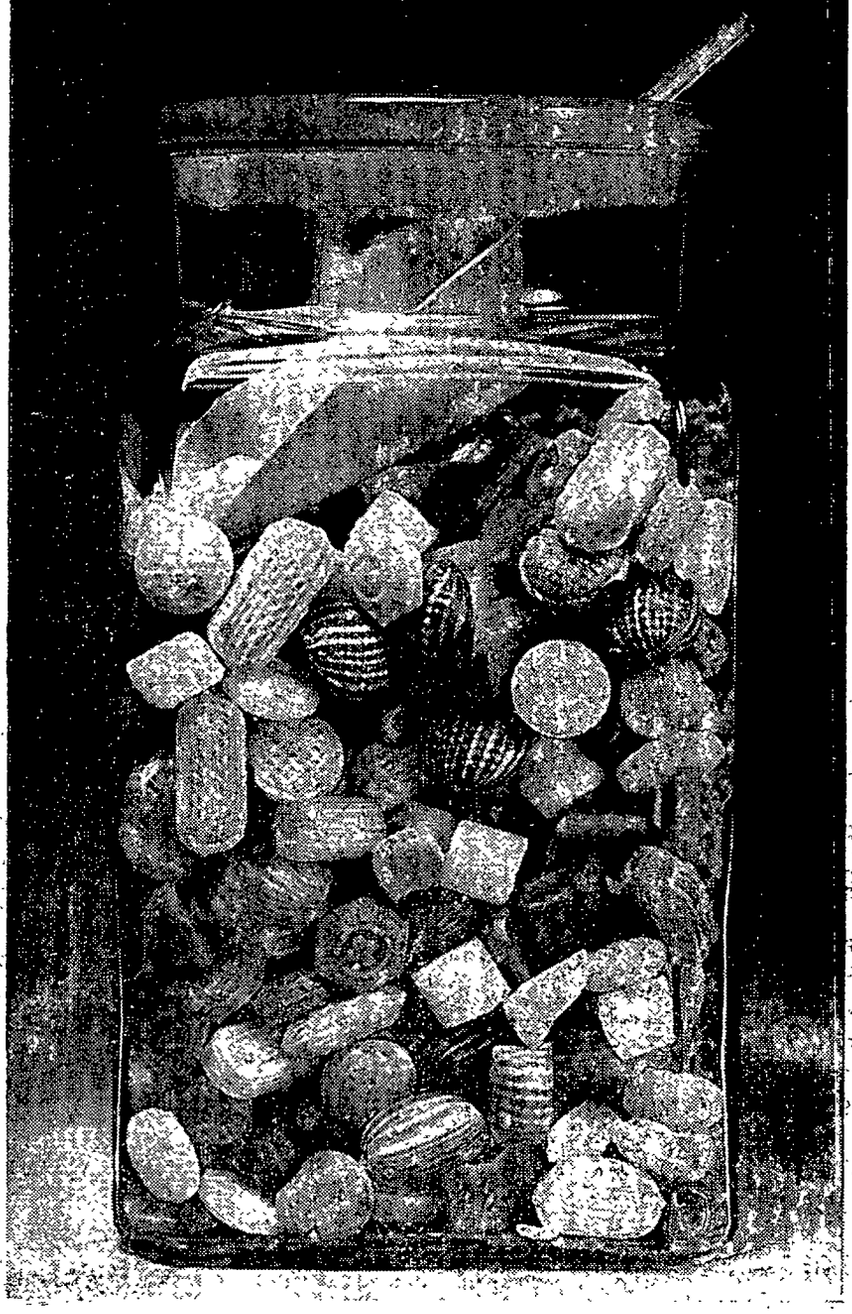
Das gibt es kaum noch,
danach muß man suchen.
Süßwaren werden heute
verpackt angeboten –
verpackt in
WALSRODER FOLIEN.
Es sind durchsichtige,
glänzende Folien,
bunt bedruckt, oft mit
einprägsamen Markenbildern.
Die Bonbons
sind einzeln verpackt
und in Beuteln portioniert.
Das ist sauber,
praktisch, bequem.
Da kann man bewußt wählen.
Man kauft (und verkauft)
ohne Zeitverlust.

So dienen
WALSRODER FOLIEN
vielen Zwecken.
Sie dienen jedem –
ganz gleich, ob er kauft
oder verkauft.
Und das ist nur ein Beispiel
von vielen.

WALSRODER
folien

Wolff & Co. Walsrode

Süße Sachen -
wie in alten Zeiten?



aber unterstützte Deutschland nur dem Schein nach; ja, um einen möglichen Kompromiß zu verhindern, hat es die englischen Vorschläge, die vom 23. Juli bis zur Kriegserklärung unterbreitet wurden, sogar sabotiert.

Schon am 24. Juli beurteilte Außenminister Grey in einem Gespräch mit Botschafter Lichnowsky die Aussicht auf eine Lokalisierung des Konfliktes zwischen Österreich und Serbien äußerst pessimistisch. Grey sieht bereits das Eingreifen Rußlands voraus. Denn er bezweifelt es sehr, daß es der russischen Regierung möglich sein werde, der serbischen Regierung die bedingungslose Annahme der österreichischen Forderung anzuempfehlen. „Ein Staat, der so etwas annehme, hörte doch eigentlich auf, als selbständiger Staat zu zählen"*.

Auch rechnete der britische Außenminister damit, daß „die öffentliche Meinung in Rußland die Regierung zwinge, gegen Österreich vorzugehen". Sollte Österreich serbischen Boden betreten, dann sei „die Gefahr eines europäischen Krieges in nächste Nähe gerückt".

Die Folgen eines solchen Krieges „zu vier", womit Grey nach Lichnowsky Rußland, Österreich, Deutschland und Frankreich meinte, seien unabsehbar. Grey schlug eine Verlängerung der Frist für das Ultimatum vor und regte an, daß für den Fall einer gefährlichen Spannung zwischen Rußland und Österreich die vier nicht unmittelbar beteiligten Staaten England, Deutschland, Frankreich, Italien zwischen Rußland und Österreich-Ungarn die Vermittlung übernehmen sollten.

Diesen Vorschlag von Grey auf Fristverlängerung für das Ultimatum gab Staatssekretär Jagow aber so spät nach Wien weiter, daß er dort erst nach Ablauf des Ultimatums eintreffen konnte. Außerdem fügte er ihm keinerlei Kommentar bei, was praktisch in diplomatischer Sprache einer Aufforderung zur Ablehnung gleichkam.

In seiner Antwort an Lichnowsky klammerte sich Jagow noch an Greys Unterscheidung zwischen dem serbisch-österreichischen Streitfall und dem möglichen daraus entstehenden russisch-österreichischen Konflikt. Im ersteren Fall wünschte er die Enthaltung aller Mächte. Im zweiten Fall erklärte er sich einverstanden mit Greys Vorschlag einer Vermittlung der anderen großen Mächte, freilich „vorbehaltlich unserer bekannten Bündnisverpflichtungen", womit er Deutschlands Position bereits festlegte.

Den dritten Anlauf zur Vermittlung unternahm Grey am 25. Juli mit seiner Anregung, Berlin solle sich in Wien verwenden, daß es sich mit der serbischen Antwortnote zufriedengebe. Wiederum wurde die Note kommentarlos übermittelt, obwohl Lichnowsky am selben 25. Juli dreimal dringend dazu

* In seinem Ultimatum an Belgrad forderte Wien unter anderem die Unterdrückung aller Propaganda und Aktionen gegen Österreich-Ungarn und eine gerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer am Attentat in Sarajewo, soweit sie sich in Serbien befinden, unter Mitwirkung österreichischer Beamter. Außerdem sollte König Peter in einem Tagesbefehl an die serbische Armee das Attentat bedauern und strenge Verfolgung der Schuldigen zusichern.



Mobilmachung in Österreich: „Wird serbisches Gebiet berührt ...

riet, Deutschland möge Österreich-Ungarn „den Wink" geben.

Dieses Verhalten kann nicht überraschen, war doch die deutsche Reichsleitung empört darüber, daß der österreichisch-ungarische Außenminister Berchtold am 24. Juli den russischen Geschäftsträger empfangen hatte: „Gänzlich überflüssig", kommentierte der Kaiser, „wird Eindruck der Schwäche erwecken ... Österreich ... hat ... Schritt getan, nun kann er nicht hinterher quasi zur Diskussion gestellt werden!"

Schon dreißig Minuten nach Empfang der serbischen Antwortnote am 25. Juli 1914, 18 Uhr, verließ der österreichische Gesandte Giesl Belgrad. Die serbische Antwort war also nicht im österreichischen Sinne zufriedenstellend ausgefallen, obwohl die Serben die meisten Forderungen angenommen hatten.

Kaiser Franz Joseph unterzeichnete am selben Tage den Mobilmachungsbefehl für acht Armeekorps. Als erster Mobilmachungstag wurde der 28. Juli festgelegt. Der ungarische Ministerpräsident Tisza setzte sich für rasches Handeln ein: Ein Zögern würde, so schrieb er am 25. Juli an Kaiser Franz Joseph, die „Einschätzung der Energie und der Aktionsfähigkeit der Monarchie schwer beeinträchtigen".

Tatsächlich wurde das Verhalten Österreichs in Berlin bereits mit Mißtrauen beobachtet. Der deutsche Botschafter Tschirschky hatte am 24. Juli aus Wien berichtet, Österreich wolle keine „Verschiebung der bestehenden Machtverhältnisse auf dem Balkan".

Die Anmerkungen zu dem vom Kaiser als „schwächlich" bezeichneten Bericht enthüllen die Ziele, die Deutschland mit der Serbien-Aktion verfolgte: Die Verschiebung der Machtverhältnisse — schrieb der Kaiser — „muß kommen. Österreich muß auf dem Bal-



... ist der Weltkrieg unabwendbar": Mobilmachung in Serbien

HA 14/6
I.W. HARPER
DM 28,–
KENTUCKY
PREMIUM BOURBON
WHISKEY


kan präponderand werden... auf Kosten Rußlands".

Der österreichische Botschafter Szögyeny bestätigte aus Berlin das Bestreben der deutschen Reichsleitung, durch die „Lokalisation des Konflikts" mit ganzem Risiko ihr politisches Ziel zu erreichen. In Berlin werde, so berichtet der Botschafter, „allgemein als sicher vorausgesetzt, daß auf eventuelle abweisende Antwort Serbiens sofort unsere Kriegserklärung, verbunden mit kriegerischen Operationen, erfolgen werde... Man rät uns... die Welt vor ein Fait accompli zu stellen".

Nach dem Abbruch der Beziehungen zu Serbien setzte in Österreich das Ringen um den Termin der Kriegserklärung ein. Schon früher hatte Berlin auf Wien eingewirkt, es solle Serbien zunächst den Krieg erklären und erst dann mobil machen. Am 26. Juli wiederholte Tschirschky an Ort und Stelle die deutsche Pression, der sich Außenminister Berchtold beugte. In Gegenwart Tschirschkys fiel die Vorentscheidung zugunsten des frühen Termins.

Am 27. Juli folgte die endgültige Entscheidung: Serbien sollte am 28. Juli der Krieg erklärt werden. Der Sinn der deutschen Pression bestand nach Ausweis zahlreicher Quellen darin, durch Beginn der kriegerischen Operationen der Gefahr der Einmischung dritter Mächte vorzubeugen, „jedem Interventionsversuch den Boden zu entziehen".

Londons Bemühungen zielten in die entgegengesetzte Richtung. Am 26. Juli machte der britische Außenminister Grey einen vierten, den wohl gewichtigsten Vermittlungsvorschlag einer Botschafterkonferenz der vier nicht am Konflikt unmittelbar beteiligten Mächte in London zur Lösung des drohenden Konflikts.

Lichnowsky verband die Meldung von dem unmittelbar bevorstehenden britischen Vermittlungsschritt mit einer eindrucksvollen Warnung vor der deutschen Lokalisierungs-Fiktion: Nach dem Bekanntwerden der österreichischen Forderungen glaube in London niemand mehr an die Möglichkeit, den „Konflikt zu lokalisieren". Und er fügte hinzu: „Daß aus derartigem Vorgehen Österreichs (der) Weltkrieg hervorgehen muß, hat hier niemand bezweifelt."

In einem weiteren Telegramm vom gleichen Tag meldete Botschafter Lich-

„WOHIN MIT DEN BELGIERN?"

Schriftsteller Paul Graf von Hoensbroech im „Deutschen Volkswart", 1913:

In Frage steht einzig und allein: Sind Enteignung und Zwangsausweisung möglich?

Alles ist möglich, was schließlich und endlich auf bloßen Eigentums- und Besitzwechsel hinausläuft.

Oder will man Gefühlsfragen dabei aufwerfen: Heimatgefühle der enteigneten und ausgewiesenen Belgier? Ist dieser Krieg etwa geeignet, Gefühle für die Belgier in uns zu wecken, ja, sie bestimmend werden zu lassen bei Festsetzung des Friedens? Ein Blick auf die Gräber unserer, von der belgischen Bevölkerung schändlich und grausam hingeschlachteten Väter, Brüder und Söhne, auf ihre Witwen und Waisen muß jedes Gefühl im Entstehen ertöten.

Harter Wille allein hat im Friedensschlusse sich durchzusetzen.

Und die Entschädigung für die Enteigneten? Die Entschädigung haben Frankreich und England zu zahlen. Das ist einfach.

Aber wohin mit den Ausgewiesenen?

Zunächst ist das ihre eigene Sache. Uns geht sie an und für sich nichts an. Doch ist der Weg, den sie zu wandern haben, deutlich vorgezeichnet und auch nicht lang. Sie wollen Franzosen sein, also mögen sie nach Frankreich gehen.

Dem menschenarmen und immer menschenärmer werdenden Frankreich kann starker Zuwachs an Menschen nur angenehm sein. Volkswirtschaftlich gewinnt also Frankreich durch Einwanderung der Ausgewiesenen. Auch tritt eine Überbevölkerung nicht ein. Sollte sie aber eintreten, nun, so gibt es noch weite Gebiete auf der übrigen Erde, wo Platz ist für Menschen.

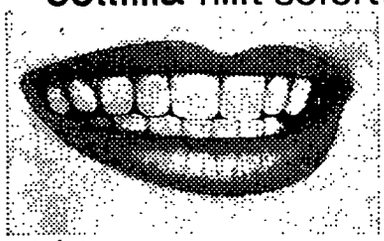
Auch aus anderen Ländern wandern Hunderttausende über See. Warum soll also den Belgiern die Auswanderung erspart bleiben? Es handelt sich — das muß immer wieder betont werden — um eine Maßregel, die den Weltfrieden gewährleisten und die Deutschland politisch und wirtschaftlich eine überragende und gegen jeden Angriff gesicherte Stellung verschaffen soll. Also eine Maßregel, die in hervorragendem Sinne kulturfördernd wirkt, wenn sie auch einen Weg beschreitet, der zunächst durch Leid und Tränen führt.

Aber wie viele Kulturziele sind nicht auf diesem Wege erreicht worden, konnten nur auf ihm erreicht werden? Wie vieles Große und Edle im Leben des einzelnen und der Völker muß nicht diesen Weg gehen, ehe es Segen wird?!

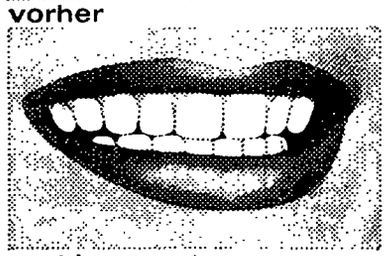
Das Wertvollere, das völkisch und kulturell Stärkere schreitet in der Menschheitsentwicklung stets hinweg über Minderwertiges und Schwächeres. Weichherzigkeit in Schicksalsstunden führt einzelne wie Völker stets nach unten, nie nach oben. Das ist nun einmal so. Der „Menschenfreund", der „Pazifist" und „Utopist" mag es beklagen, der Wirklichkeitsmensch beklagt es auch, aber er nimmt es hin als etwas Gegebenes, Unabänderliches, als ein Naturgesetz der Menschheitsentwicklung. „Stirb und werde", heißt es auch hier.

Daß mit Belgien auch der belgische Kongostaat Deutschland zufallen muß, ist selbstverständlich.

Gelbe Zähne?
Graue Zähne?
settima hilft sofort!



vorher



nachher



settima ergänzt die übliche Zahnpflege. 1-2 x wöchentlich angewandt, beseitigt settima häßliche Zahnbeläge; auch die Zahnsteinbildung wird verhindert.

...jeden Sonntag settima!

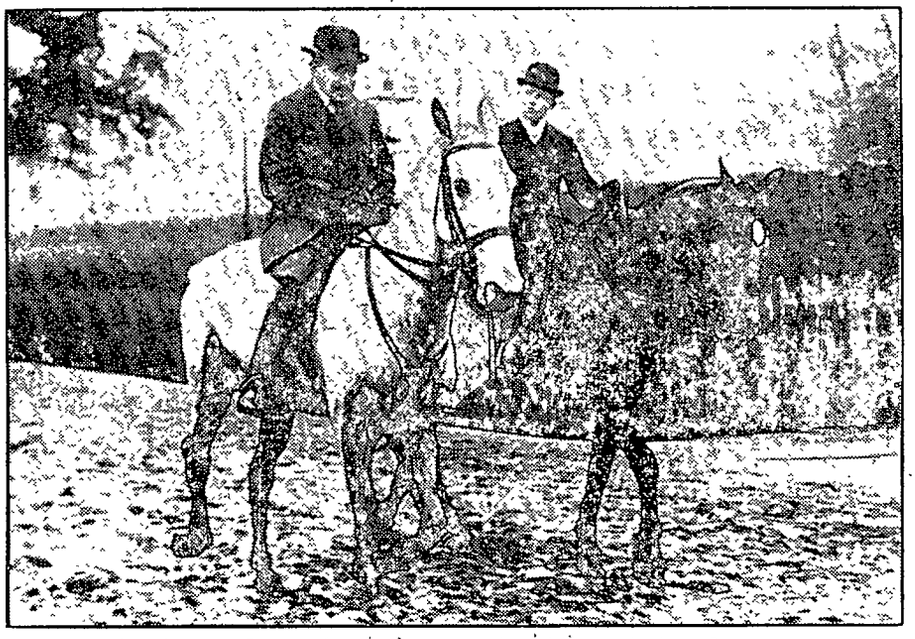


Ein Mann...

wählt stets das Rechte - auch bei seiner Unterwäsche Er wählt EMINENCE! Der meisterhafte Schnitt ist das Geheimnis für die hervorragende Passform, die stets vollkommene Bewegungsfreiheit garantiert. EMINENCE - jung, sportlich, modisch vollendet - die Unterwäsche für Herren in der ganzen Welt.

Herrenunterwäsche aus Frankreich

Eminence



Deutscher London-Botschafter **Lichnowsky** (l.): „Mit englischen Sympathien ...

nowsky nach einer Unterredung mit Unterstaatssekretär Nicolson und Greys Privatsekretär Tyrrell: „Beide Herren erblicken im Vorschlag Sir Edward Greys, hier Konferenz zu vier abzuhalten, einzige Möglichkeit, allgemeinen Krieg zu vermeiden, und hoffen, daß Serbien eher geneigt sein würde, dem Druck der Mächte zu weichen und sich in deren vereinten Willen zu fügen, als den Drohungen Österreichs. Unbedingte Voraussetzung sei aber für Gelingen der Konferenz und für Erhaltung (des) Friedens, daß alle militärischen Bewegungen unterblieben."

Wenn serbisches Gebiet berührt würde, berichtete Lichnowsky, sei „der Weltkrieg unabwendbar". Ebenso eindeutig distanzierten sich die Briten von den durch Deutschland verfolgten Schritten: „Die in Berlin erhoffte Lokalisierung des Konflikts sei vollkommen unmöglich und müsse aus der praktischen Politik ausscheiden."

Lichnowsky riet dringend, „unsere Haltung einzig und allein von der Notwendigkeit leiten zu lassen, dem deutschen Volke einen Kampf zu ersparen, bei dem es nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat".

Trotz dieser Warnungen lehnte Staatssekretär Jagow den von dem englischen Botschafter in Berlin, Goschen, übergebenen offiziellen Konferenzvorschlag ab. Zuvor schon hatte Reichskanzler Bethmann Hollweg diesen Vorschlag zurückgewiesen mit der Begründung, daß Deutschland „Österreich in seinem Serbenhandel nicht vor ein europäisches Gericht ziehen" könne.

Der Kanzler war nicht bereit, den Vorstellungen Lichnowskys Gehör zu schenken oder sich der englischen Schwenkung anzupassen, die dahin wies, nicht mehr zwischen den österreichisch-serbischen und österreichisch-russischen Konflikten zu unterscheiden. Seine Argumentation gegenüber London basierte unbeirrt auf der trügerischen Annahme der Lokalisierung.

Zugleich bekräftigte Bethmann Hollweg in einem Runderlaß ausdrücklich die deutsche Haltung: Der Konflikt gehe lediglich Österreich-Ungarn und Serbien an. Am Tag zuvor hatte der österreichische Außenminister Berchtold die gleiche Sprachregelung für Österreich gegeben und beigefügt: Sollte die Lokalisierung des Krieges nicht gelingen, dann rechne Österreich-Ungarn „mit Dankbarkeit" damit, daß Deutschland „uns in einem uns aufgezwungenen Kampfe gegen einen anderen Gegner unterstützen wird".

Trotz aller Versicherungen Berlins, die Lokalisierung des Konfliktes anzustreben, bereitete sich Deutschland weiterhin auf die Möglichkeit eines Kontinentalkrieges vor. Bereits am 26. Juli übermittelte Generalstabschef von Moltke dem Auswärtigen Amt den Entwurf der Note an Belgien über „den bevorstehenden Krieg gegen Frankreich und Rußland", die den Durchmarsch durch Belgien vorsah, woraus deutlich wird, daß ein österreichisch-russischer Krieg nach deutscher Einschätzung sofort den kontinentalen auslösen würde.

Am 27. Juli schließlich richtete der britische Außenminister Grey den dringenden Appell an Berlin — es war sein fünfter Vermittlungsversuch —, auf die Wiener Regierung einzuwirken, daß sie die serbische Antwortnote als befriedigend anerkenne, weil er nur dann seinerseits auf Petersburg mäßigend einwirken könne. Lichnowsky berichtete, Grey sei „verstimmt"; ferner, „daß mit den englischen Sympathien und der britischen Unterstützung" bei einem dennoch ausbrechenden Krieg „nicht mehr zu rechnen" sei. „Der Schlüssel der Lage liegt in Berlin", war die Auffassung in London; „falls man dort den Frieden ernstlich will", so könne man Österreich davon abhalten, „tollkühne Politik zu treiben".

Drei Stunden später wiederholte Lichnowsky noch einmal eindringlich, daß nach Greys Überzeugung die Erhaltung des Friedens von Berlin abhinge. In London setzte sich immer mehr der Eindruck durch, daß die ganze serbische Frage sich auf eine „Kraftprobe zwischen Dreibund und Dreiverband zuspitzt". Sollte Österreich-Ungarn Serbien niederwerfen wollen, so würde, warnte Lichnowsky, England „sich unbedingt auf seiten Frankreichs und Rußlands stellen".

Aus Rußland trafen unterdessen in Berlin Nachrichten von einem „versöhnlicheren" Sasonow ein, der sich bemühte, eine „Brücke (zu) finden, um ... österreichischen Forderungen ... Genugtuung zu verschaffen". Jedoch berichtete der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, daß das Gleichgewicht auf dem Balkan eine „Lebensfrage" für Rußland sei.

Der russische Außenminister Sasonow ging in seiner Kompromißbereitschaft sogar so weit, daß er den deutschen Botschafter um irgendeinen Vorschlag bat, den er dann den Österreichern als russische Kompromißformel würde anbieten können. Pourtalès hatte auch gleich eine Idee: Österreich mildert einige Punkte seines Ultimatums, Serbien würde die so revidierten Bedingungen annehmen.

Sasonow griff sofort zu und regte in Wien zweiseitige Besprechungen mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg „zwecks gemein-



... kann Deutschland nicht rechnen": Reichskanzler **Bethmann**, Staatssekretär **Jagow**

samer Umarbeitung einiger Artikel der österreichischen Note vom 23. Juli" an. „Auf diese Weise werde es vielleicht gelingen, eine Formel zu finden, die für Serbien annehmbar sei und zugleich die Befriedigung der Forderungen Österreichs im Prinzip ergeben würde."

Auch Rom meldete den englischen Vermittlungsvorschlag, und Botschafter von Schoen kündigte aus Paris Verhandlungsbereitschaft an. Der Quai d'Orsay sei wahrscheinlich bereit, in Petersburg einzuwirken, falls Deutschland geneigt sei, „in Wien, nachdem Serbien fast alle Forderungen erfüllt hatte, zur Mäßigung zu raten".

Trotz dieser Appelle und Warnungen war die deutsche Regierung nicht gewillt, auf Wien mäßigend einzuwirken, um den lokalen Konflikt zu vermeiden — was allein, nach den Worten des stellvertretenden französischen Außenministers Bienvenu-Martin, den europäischen Krieg hätte verhindern können.

Im Gegenteil, am selben 27. Juli legte Berchtold, gedrängt von Deutschland, Kaiser Franz Joseph die Kriegserklärung zur Unterzeichnung vor. Er begründete diesen Schritt damit, daß der Entente aufgrund der serbischen Antwort noch ein Vermittlungsversuch gelingen könnte, „wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird".

Die deutsche Reichsleitung lehnte also nicht nur konsequent jeden Vermittlungsschritt ab, der nicht zur „Lokalisierung" des Konflikts führte, sondern sie forcierte — im Gegensatz zu den Bitten Greys und Sasonows, Zeit zu gewinnen — das österreichische Handeln.

Gleichzeitig räumte Jagow jedoch gegenüber dem französischen Botschafter Jules Cambon am 27. Juli ein, es komme darauf an, eine Überstürzung der Entwicklung zu verhindern und Zeit zu gewinnen. Andererseits begründete er seine Weigerung, in Wien zu vermitteln, mit dem Argument, man könne damit die Österreicher erst recht zum überstürzten Handeln provozieren, so daß sie die Welt vor vollendete Tatsachen stellten.

In Wahrheit richtete jedoch Deutschland sein Drängen in Wien genau auf diese angeblich zu verhindernde „Überstürzung". Und am gleichen 27. Juli drängte Jagow weiterhin auf die möglichst rasche Eröffnung der Kriegshandlungen, als er gegenüber Botschafter Szögyeny bedauerte, daß die österreichische Mobilmachung erst am 12. August abgeschlossen sei.

Mit dem Telegramm Botschafter Tschirschkys, das am 27. Juli die unmittelbar bevorstehende Kriegserklärung an Serbien meldete, sah daher die deutsche Reichsleitung ihr nächstes Ziel erreicht. Darum verhielt sich der Kanzler reserviert gegenüber dem englischen Drängen und war keineswegs gewillt, schnellstens und nachdrücklich auf Österreich einzuwirken. Erst kurz vor Mitternacht gab er das am Nachmittag des 27. Juli aus London eingetroffene Telegramm nach Wien weiter.

Vorbereitet wurde die Übermittlung außerdem noch durch ein Gespräch Jagows mit Szögyeny. Wiederum — wie am 18. Juli — interpretierte der Staatssekretär, auf welche Weise Wien das scheinbare Abweichen Deutschlands zu verstehen habe, wiederum bestätigte er die Einheitlichkeit und Zielstrebigkeit der deutschen Politik.



Deutscher Paris-Botschafter **Schoen**: „Wenn Berlin die Österreicher mäßigt...

Szögyeny berichtete, Jagow hätte zweimal betont — „um jedwedem Mißverständnis vorzubeugen" —, „die deutsche Regierung versicherte auf das Bündigste, daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen (den englischen, die in nächster Zeit eventuell durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Euer Exzellenz gebracht würden) identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben nur, um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe".

Der Staatssekretär selbst sei „absolut nicht für eine Berücksichtigung des englischen Wunsches". In der Begründung seines Standpunktes wurde Jagow noch deutlicher: Die deutsche Regierung „gehe von dem Gesichtspunkte aus, daß es von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen Moment nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich mache. Daher müsse alles vermieden werden, daß der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde".

Reichskanzler Bethmann Hollweg bekräftigte diese Stellungnahme Jagows, indem er die Weitergabe von Lichnowskys Telegramm über seine Unterredung mit Grey spät am Abend des 27. Juli an Tschirschky mit folgender Begründung versah:

„Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung dieser Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Krieg Gezwungenen dastehen müssen. Unsere Situation ist um so schwieriger, als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken."

Aus dieser Haltung Bethmann Hollwegs und Jagows erklärt sich, warum sie das Telegramm verspätet an Wien weitergaben und warum sie — bezeichnenderweise — den Schlußsatz des Berichtes von Lichnowsky unterschlugen, der Österreich vielleicht noch die Möglichkeit gegeben hätte, sich der deut-



... ist Paris zum Druck auf Petersburg bereit": Französischer Berlin-Botschafter **Cambon**

The Brandy of Napoleon



Ein großer Cognac, ein COURVOISIER

CHARLES HOSIE IMPORT HAMBURG 1

schen Pression in letzter Stunde zu entziehen:

„Auch ist hier alle Welt davon überzeugt, und ich höre es auch aus dem Munde meiner Kollegen, daß der Schlüssel der Lage in Berlin liegt und, falls man dort den Frieden ernstlich will, Österreich davon abzuhalten sein wird, eine ... tollkühne Politik zu treiben."

Nach England aber ging folgendes, den Tatsachen in keiner Weise entsprechendes Telegramm: „In dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinne haben wir Vermittlungsaktion in Wien sofort eingeleitet."

Aus dieser Doppelzüngigkeit des Kanzlers angesichts der ernsten Warnungen von England wird klar, daß es Bethmann Hollweg in der Nacht des 27. auf den 28. Juli schon nicht mehr darum ging, einen Kontinentalkrieg zu vermeiden, sondern darum, Deutschland in eine möglichst günstige Position hineinzumanövrieren.

Noch deutlicher zeigt sich dieses Bestreben Bethmann Hollwegs in seiner Behandlung der kaiserlichen „Halt in Belgrad"-Idee. Dem am Nachmittag des 27. Juli von seiner Nordlandreise nach Potsdam zurückgekehrten Kaiser wurde erst am 28. Juli der Inhalt der weit entgegenkommenden Antwortnote der Serben mitgeteilt, obwohl der serbische Geschäftsträger sie bereits am 27. Juli, mittags 12 Uhr, im Auswärtigen Amt hinterlegt hatte.

Der vielzitierte kaiserliche Kommentar, den er auf die serbische Antwortnote schrieb: „Aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort." Im Bemühen, dem Prestigebedürfnis beider Kontrahenten gerecht zu werden und einen Ausweg zu finden, formulierte der Kaiser sein „Halt in Belgrad": Die österreichischen Truppen sollten lediglich als Pfand für die Erfüllung der bereits zugestandenen Bedingungen die serbische Hauptstadt besetzen. „Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können meines Erachtens nach durch Verhandlungen wohl geklärt werden."

In den Augen des Auswärtigen Amtes und der Militärs war dies der gefürchtete Moment, in dem der nervenschwache Monarch — wie in den beiden Marokko-Krisen von 1906 und 1911 — im letzten Augenblick vor dem Krieg zurückschrecken würde, und eben deshalb wurde er jetzt überspielt:

Der Kanzler gab den Vorschlag Wilhelms II. verspätet, nämlich erst, nachdem Österreich-Ungarn Serbien am 28. Juli bereits den Krieg erklärt hatte. ohne Nachdruck und sogar verfälscht weiter.

Die zentrale Schlußfolgerung des Kaisers, daß mit der serbischen Antwort kein Kriegsgrund mehr gegeben sei, erwähnte Bethmann Hollweg mit keiner Silbe. Weiter gab er als Zweck der Besetzung Serbiens an, „die serbische Regierung zu völliger Erfüllung" der österreichischen Forderungen zu zwingen, d. h. gerade auch der als untragbar abgelehnten Bedingungen, über die der Kaiser noch verhandeln wollte.

Die Verfälschung des kaiserlichen Vorschlages liegt weiter darin, daß der Kanzler ausdrücklich gegenüber Botschafter Tschirschky betonte: „Sie werden es dabei sorgfältig zu vermeiden haben, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Ziels ... ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern."



Beschießung Belgrads 1914: „Der Kaiser wurde überspielt"

Dieser Zusatz vom 28. Juli verdeutlicht die Motive des deutschen Handelns und zeigt erneut, wie bewußt die Reichsleitung das Risiko eines Weltkrieges auf sich nahm. Denn was der Reichskanzler unter günstigen Bedingungen verstand, sprach er selbst aus: Einmal müßte Rußland als der am Kriegsausbruch schuldige Teil erscheinen und zum anderen England neutral gehalten werden.

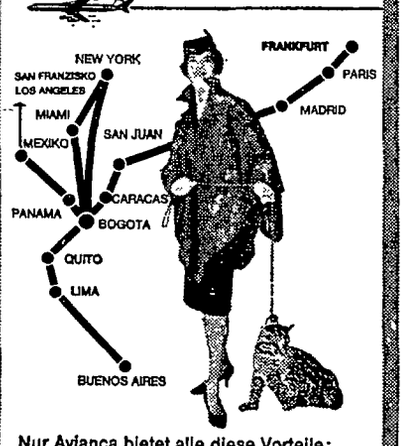
Die richtige Taktik, dieses Problem zu lösen, glaubte Bethmann Hollweg in der „Lokalisierungspolitik" gefunden zu haben. Bereits am 26. Juli stellte er die deutsche Konzeption mit großer Klarheit sowohl gegenüber dem Kaiser als auch gegenüber den Botschaftern



SITZT!

Die Wäsche mit dem Sitz führen gepflegte Fachabteilungen, auch in Selbstbedienung. Merken Sie sich die leuchtende, orangefarbene Packung mit dem Handstand! Adr. von Ceceba: 746 Balingen (Württ.) Ruf 07433-71 41/42

MIT SCHNELLEN JETS DIREKT NACH MITTEL- UND SÜDAMERIKA



Nur Avianca bietet alle diese Vorteile:

- Schnellster **Direkt**-Dienst nach Puerto Rico, Caracas, Bogotá, Quito und Lima – ohne Umsteigen.
- Einziger **Direkt**-Dienst nach Puerto Rico, Bogotá und Quito
- Moderne Boeing 720 B-Jets
- Exklusiver Borddienst «Rote Ruana» jeden Sonnabend
- 45 Jahre Erfahrung

Drei Jet-Flüge pro Woche im Gemeinschaftsdienst mit **Air France**

AVIANCA

DIE KOLUMBIANISCHE FLUGLINIE

Buchen Sie bei Ihrem IATA-Reisebüro, bei PAA (Generalagenten) oder direkt bei AVIANCA, Frankfurt a. M., Am Hauptbahnhof 10, Telefon 33 08 41

Pourtalès, Lichnowsky und Schoen heraus:

„Nachdem Graf Berchtold Rußland erklärt hat, daß Österreich keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtige ... hängt Erhaltung europäischen Friedens allein von Rußland ab." Deutschlands Haltung hätte eine „ruhige" zu sein, denn nur ein angegriffenes Deutschland könnte mit einer Neutralität Englands rechnen und eine günstige innerpolitische Stimmung erzeugen, das heißt vor allem, die Sozialdemokratie für den Kriegsfall gewinnen.

Dieser Gedanke — „nur bei Rußland" liegt die „Verantwortung für eventuelle Ausdehnung des Konflikts und Störung des europäischen Friedens" — taucht von nun an immer häufiger in den deutschen Akten auf. Jagow suchte die Haltung Italiens, Bulgariens und Rumäniens in einer möglichen Konflagration mit dem Hinweis zu beeinflussen, daß sowohl Deutschland wie England fortgesetzt um „Lokalisierung des Konflikts" bemüht seien und allein Rußland den Krieg beginnen könnte.

Diese Argumentation nahm der Kanzler erneut als preußischer Ministerpräsident am 28. Juli im Runderlaß an die preußischen Gesandten an den deutschen Höfen auf. Wiederum verteidigte er das österreichische Vorgehen und unterstrich seine Politik der Lokalisierung des Konflikts.

Wie Staatssekretär Jagow am 26. Juli gegenüber Rumänien „auf die bekannten Konsequenzen" hinwies, wenn Rußland gegen Österreich vorgehen würde, so schloß auch Reichskanzler Bethmann Hollweg seinen Erlaß mit den Sätzen:

„Sollte indes wider Erhoffen durch ein Eingreifen Rußlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir getreu unserer Bündnispflicht mit der ganzen Macht des Reiches die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwerte greifen, dann aber in dem ruhigen Bewußtsein, daß wir an dem Unheil keine Schuld tragen, das ein Krieg über Europas Völker bringen müßte." „Rußland trägt allein die Verantwortung, wenn ein europäischer Krieg entsteht."

Zugleich entwarf der Kanzler ein Telegramm des Kaisers für den Zaren, worin sich seine Absicht, das Odium einer europäischen Konflagration Rußland zuzuschieben, noch besser erkennen läßt. „Ein solches Telegramm würde", begründete der Kanzler gegenüber dem Kaiser, „wenn es dann doch noch zum Kriege kommen sollte, die Schuld Rußlands in das hellste Licht setzen."

Im gleichen Sinn äußert sich Bethmann Hollweg in dem bereits angeführten Telegramm vom gleichen Tag an Tschirschky, in dem er jede Verzögerung des Kriegsbeginns bedauerte:

„Die k. (kaiserliche) Regierung kommt infolgedessen in die außerordentlich schwierige Lage, daß sie in der Zwischenzeit den Vermittlungs- und Konferenzvorschlägen der anderen Kabinette ausgesetzt bleibt, und wenn sie weiter an ihrer bisherigen Zurückhaltung solchen Vorschlägen gegenüber festhält, das Odium, einen Weltkrieg verschuldet zu haben, schließlich auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie zurückfällt. Auf einer solchen Basis aber läßt sich ein erfolgreicher Krieg nach drei Fronten nicht einleiten und führen. Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft."

Unbeirrt hielt der Kanzler an seiner Konzeption fest: „Kommt es zum großen Konflikt, dann muß Rußland als Angreifer abgestempelt sein, um so auf alle Fälle England neutral zu halten." Das erste Ziel, Rußland mit der Kriegsschuld zu belasten, wurde erreicht. Das



Kaiser **Wilhelm II.**, König **Georg V.** (1910)
„Auf Englands Neutralität gebaut"

zweite Ziel, die Neutralität Englands, sollte sich als große Illusion erweisen.

Am 28. Juli, um 11 Uhr, erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Da die Instruktion an Botschafter Tschirschky mit der ohnehin verfälschten „Halt-in-Belgrad"-Idee des Kaisers erst spät am Abend nach Wien abging, erschien Tschirschky erst am Nachmittag des 29. Juli im Außenministerium zur Erfüllung seines Auftrags. Berchtold wich jedoch einer präzisen Stellungnahme aus, bis er schließlich am 31. Juli eine praktisch ablehnende Antwort gab, als die Entwicklung sie schon längst überflüssig gemacht hatte.

Einen Tag nach der Kriegserklärung, am 29. Juli, hatte inzwischen der heiße Krieg mit der seit Mitte Juli mit deutschem Wissen erwogenen und vorbereiteten Beschießung Belgrads begonnen. Hierdurch war jetzt, ganz im deutschen Sinne, jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß zwischen Kriegserklärung und Kriegseröffnung noch eine Pause treten könnte. Denn gerade in Rußland wurde die Beschießung Belgrads als Auftakt zu den Kriegshandlungen aufgefaßt; sie löste ungeheure Erregung aus.

Die deutsche Regierung rechnete trotz aller von Lichnowsky aus London eintreffenden Warnungen immer noch fest mit der Neutralität Englands. Ebenso hoffte sie, daß weder Italien noch Rumänien aktiv Partei gegen Deutschland ergreifen würden.

Mit der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung aber traten die diplomatischen Finessen in das kritische Stadium, in dem es sich zeigen mußte, ob die deutsche Diplomatie, ihre selbstbewußte, robuste Haltung, die erneut in die Waagschale geworfene „schimmernde Wehr" es erzwingen konnten, daß der Konflikt lokalisiert bleiben würde, wie im Jahre 1908/09.

Mit der Frage des österreichischen Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf am Nachmittag des 28. Juli, ob die Mobilmachung gegen Serbien allein oder auch gegen Rußland gerichtet sein solle, war das Problem einer militärischen Lokalisierung des serbischen Konflikts aufgeworfen worden: Denn bis zum fünften Mobilmachungstag mußte Klarheit über die Fronten gewonnen sein, weil sonst alle Transporte gegen Serbien rollen würden. Wie in Österreich-Ungarn so trat auch in Deutschland bereits die „Automatik der Kriegsmaschinen" in den Vordergrund.

Gleichzeitig mit Botschafter Szögyenys Besuch, der Conrads Forderung nach Druck auf Rußland überbrachte, traf am 29. Juli die Denkschrift des Generalstabes beim Kanzler ein, in der Moltke klar und eindeutig die Mechanik der Mobilmachungen auseinandersetzte und aufzeigte, daß sie zwangsläufig zum europäischen Krieg führen müßte.

Vor allem betonte Moltke die kausale Verknüpfung von dem österreichischen Eingreifen in Serbien über die russische Teilmobilmachung zur österreichisch-ungarischen, russischen und deutschen Generalmobilmachung, die dann auch das Hineingezogenwerden Frankreichs, des ersten Objektes der deutschen Strategie, unvermeidlich machen würde. Die militärische Lagebeurteilung durch den Generalstab ließ die bisherige Einschätzung der russischen Teilmobilisierung durch das Auswärtige Amt — es sah in ihr am 27. Juli noch

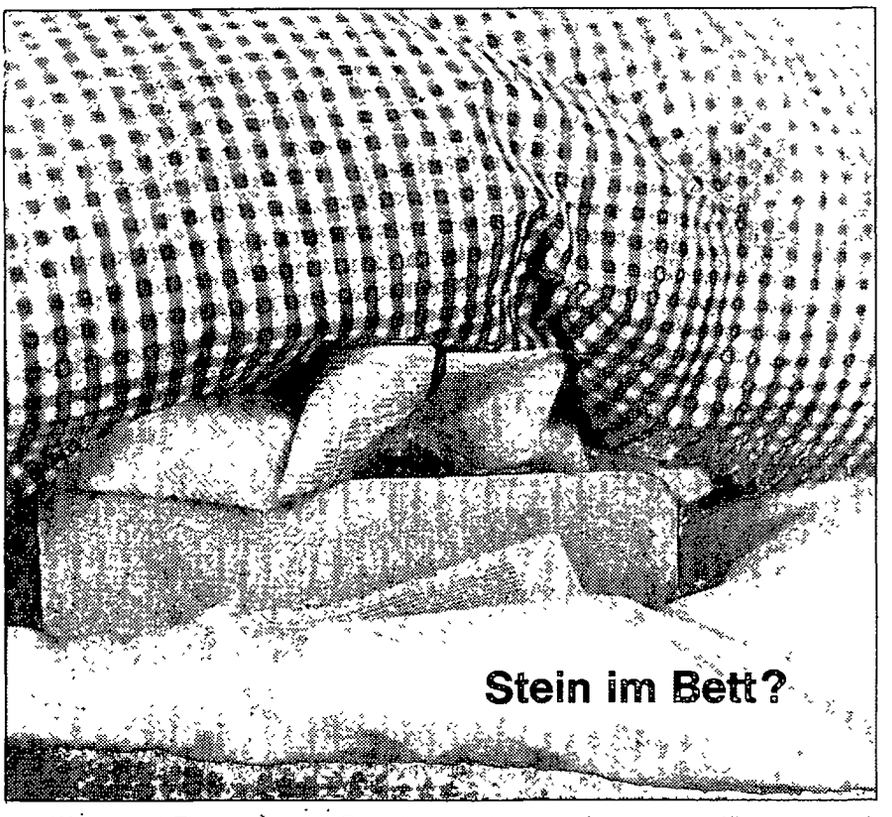


Stehen Sie gern?

Wir nicht. Niemand. Sitzen ist bequemer. Wir bauen Sitzmöbel! Zusammen mit bekannten Entwerfern, wie Prof. Leowald und Prof. Dr. Rainer, bekamen wir internationale Auszeichnungen. Wir prüfen und kritisieren und feilen immer wieder an jedem Modell — bis es ausgereift ist — damit Sie gut und bequem sitzen. Ob am Konferenztisch oder in den weichen Sesseln eines Hotels, ob auf einem einfachen Stuhl oder im Präsidentensessel — die gute Form und anatomisch richtiges Sitzen sind die hervorragenden Merkmale unserer Produkte. Man sieht es den Modellen an wo sie herkommen — und das ist der Erfolg unserer Arbeit.

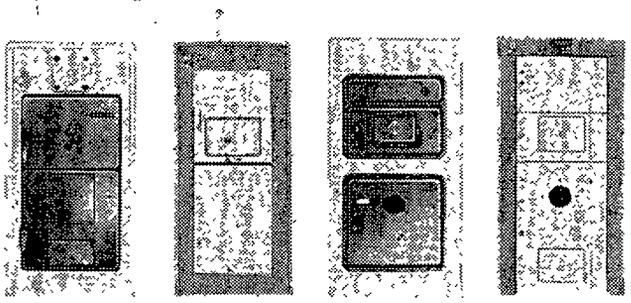
Wilkhahn Sitzmöbel

Wilkening & Hahne, 3256 Eimbeckhausen
Tel. Bad Münder 80 41, Telex 09 24422



Wenn erst Eisblumen die Schlafzimmerfenster zieren, dann täuschen auch die Wärmflasche oder der angewärmte Ziegelstein nicht mehr darüber hinweg, daß hier etwas nicht stimmt. Zum fröhlichen Aufstehen morgens, zum neuzeitlichen Wohnen gehört die Zentralheizung. Die modernsten Heizkessel bringen aber nicht nur Wärme sondern auch warmes Wasser in jeden gewünschten Raum. Selbst im Sommer, wenn die Heizung abgestellt ist, bleibt die Brauchwasserbereitung durch den Heizkessel sehr wirtschaftlich. Solch eine Anlage soll natürlich nach vielen, vielen Jahren noch einwandfrei arbeiten. Deshalb vertrauen Bauherren, deshalb bestehen Architekten und Heizungsfirmen auf Gußkesseln. Weil sie (genau wie Gußradiatoren) aus Einzelgliedern bestehen, die (notfalls) leicht auszuwechseln sind. Aus rostsicherem Gußeisen, das erst den jahrzehntelangen, reibungslosen Betrieb garantiert. Woher wir das wissen? Wir machen solche Kessel. Über eine Million Stück alleine in den letzten zehn Jahren.

Prüfe sorgsam – wähle GUSS



Rheinstahl Eisenwerk Hilden AG Hilden
Ideal-Standard GmbH Bonn
Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar
Strebelwerk GmbH Mannheim

forwick

Bitte einsenden an „FKR-Illustrierte", 401 Hilden/Rh., Postfach 660
2104

Name:

Anschrift:

Ich möchte mich gern über das Angebot an gußeisernen Zentralheizungs-Kesseln informieren. Bitte senden Sie mir kostenlos die „FKR-Illustrierte".

FKR

keinen Grund zur deutschen Mobilmachung — revidieren.

Bethmann Hollweg wandte sich nunmehr beinahe ultimativ an Petersburg, obwohl am Tage vorher Botschafter Pourtalès gemeldet hatte, Außenminister Sasonow sei durchaus bereit, dem österreichischen Standpunkt erstaunlich weit entgegenzukommen, womit sich eine diplomatische Entspannung hätte erzielen lassen.

Dieses scharfe Vorgehen war — neben der militärisch-technischen Notwendigkeit, Klarheit über die russische Haltung zu gewinnen — die konsequente Fortsetzung der Diplomatie der Julikrise. Solange England neutral blieb, war dem Kanzler die Bewährungsprobe des Dreibundes in einem europäischen Krieg kein Schreckgespenst.

Als Pendant zu seiner energischen Haltung gegenüber Rußland versuchte Bethmann Hollweg mit allen Mitteln, England gegenüber als der auf Frieden Drängende zu erscheinen. Es gelang ihm nochmals auf zwei Besprechungen mit Kriegsminister von Falkenhayn und Generalstabschef Moltke am 29. Juli, die vom preußischen Kriegsminister verlangte Erklärung des drohenden Kriegszustandes aufzuschieben mit dem Hinweis, daß Deutschland abwarten müsse, bis Petersburg die Gesamtmobilmachung einleitet. Denn ohne Rußland die Schuld für den „großen Kladderadatsch" zuschieben zu können, sei es sinnlos, auf Englands Neutralität zu hoffen. Wenn jedoch Rußland die Kriegsschuld tragen würde, könne England nicht auf seiner Seite stehen.

Dennoch handelte es sich hier nur um eine taktisch elastischere Variante der grundsätzlich gleichen Politik, denn „Generalstabschef und Kriegsminister zeigten in diesen Tagen überhaupt ein weitgehendes Verständnis für Bethmanns politisches Sorgen", d. h. für sein Bestreben, im Vertrauen auf die raschere deutsche Mobilmachung durch Zurückstellung eigener militärischer Maßnahmen (Mobilmachung) den Russen den Vortritt bei der ersten Generalmobilmachung einer Großmacht zu lassen und ihnen somit das Odium für den Kontinentalkrieg zuzuschieben.

Gleichwohl trieb der Reichskanzler die aktive diplomatische Vorbereitung des großen Krieges weiter voran, wenn er am gleichen 29. Juli die Note an Belgien, die mit völlig frei erfundenen Behauptungen über eine angeblich drohende Verletzung der belgischen Neutralität durch Frankreich operierte, an den deutschen Gesandten von Below in Brüssel übermittelte.

In seiner ersten Unterredung mit dem englischen Botschafter Goschen im Verlauf des 29. Juli beteuerte Bethmann Hollweg erneut den deutschen Friedenswillen und unterrichtete Goschen im tiefsten Vertrauen über die kaiserliche Note nach Wien („Halt in Belgrad"), womit er wiederum den Eindruck zu erwecken suchte, er wirke stark bremsend auf Wien ein.

In den Unterredungen am Nachmittag, die der Kaiser mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg, Kriegsminister von Falkenhayn, dem Chef des Generalstabes von Moltke, dem Chef des Militärkabinetts von Lyncker (16.40 Uhr), dem Großadmiral Prinz Heinrich (18.10 Uhr), dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes von Tirpitz, dem Chef des Admiralstabes von Pohl



Britischer Berlin-Botschafter **Goschen**
„Das deutsche Angebot ...

und dem Chef des Marinekabinetts von Müller (19.15 Uhr) führte, schien sich die Hoffnung der deutschen Politik auf die englische Neutralität zu bestätigen.

Prinz Heinrich konnte nämlich berichten, Georg V. habe erklärt, er werde neutral bleiben. Das Wort eines Königs, auf das Wilhelm II. gegenüber den Einwänden von Tirpitz vertraute, ließ die Diskussion auf Frankreich, Belgien und Holland übergehen. Man wolle den Franzosen kein Land abnehmen, unterstrich der Kaiser mit einer Begründung, die aber verhüllt erste Kriegsziele widerspiegelte: Man wolle nur die Garantie erhalten, die es ermögliche, weitere Kriege „abzuwehren".

Wilhelm II. baute sogar so sehr auf das Wort des englischen Königs, daß er die von Bethmann Hollweg vorgebrachten Vorschläge für ein Flottenabkommen mit England — der Kanzler hoffte, England dieses gleichsam als Lohn für seine Neutralität anzubieten — mit Unterstützung durch Tirpitz ablehnte.



Britischer Außenminister **Grey**
... ist infam"

Das Abendgespräch Bethmann Hollwegs mit dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes unterstrich noch einmal das Warten auf die Gesamtmobilmachung Rußlands oder dessen Angriff auf Österreich-Ungarn. Denn die Teilmobilmachung würde nicht den Bündnisfall, noch keinen Krieg bedeuten. Deutschland müsse „darauf (auf Gesamtmobilmachung) aber warten", weil sowohl die deutsche als auch die englische öffentliche Meinung nur dann im „bevorstehenden Krieg mit Rußland und Frankreich" die deutsche Haltung unterstützen würden.

Die Hoffnungen der deutschen Reichsleitung verdichteten sich immer mehr in der Frage, ob es gelingen werde, England vertraglich zu neutralisieren — ein Versuch, der schon 1912 in der Haldane-Mission unternommen worden war.

In dem berühmten Gespräch zwischen Bethmann Hollweg und dem britischen Botschafter Goschen spät in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli, versuchte der Reichskanzler, England mit der Aussicht auf den Abschluß eines zukünftigen allgemeinen Neutralitätsabkommens festzulegen.

Der Kanzler versicherte Goschen: „Wir können dem englischen Kabinett — voraussetzlich dessen neutraler Haltung — versichern, daß wir selbst im Falle eines siegreichen Krieges keine territoriale Bereicherung auf Kosten Frankreichs in Europa anstreben."

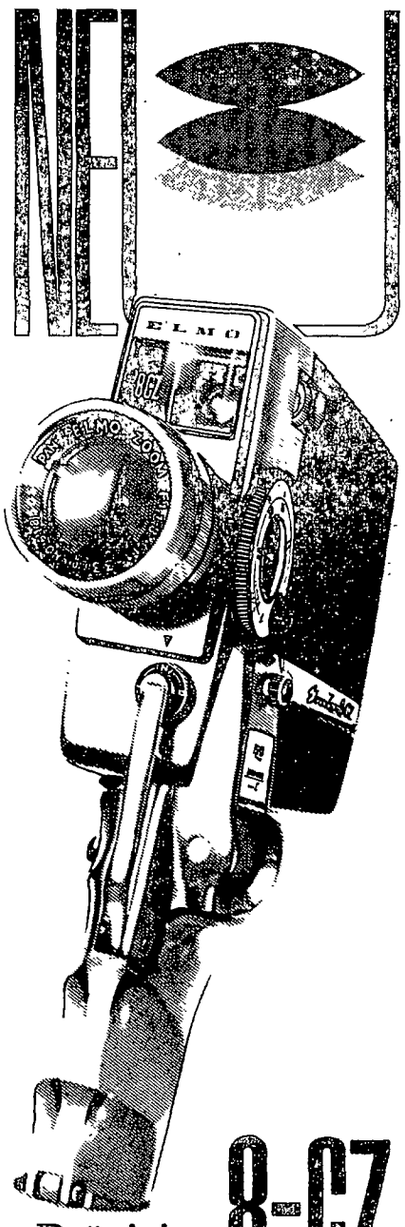
Eine Zusage, die Bethmann aber auf den Einwurf von Goschen nicht auf die französischen Kolonien auszudehnen gewillt war. Weiter erklärte er sich bereit, die Neutralität und Integrität Hollands zu achten, falls die Gegner Deutschlands sie ebenfalls „respektieren" würden.

Gegenüber Belgien aber ließ der Kanzler schon die deutsche Absicht erkennen, die Neutralität zu verletzen, als er lediglich die dunkle Versicherung gab, Belgiens Integrität (also nicht dessen Souveränität) würde — „vorausgesetzt, daß Belgien nicht gegen uns Partei nimmt" — nach Beendigung des Krieges nicht angetastet werden. Das heißt also, Bethmann Hollweg setzte voraus, daß Belgien sich gegen den völkerrechtswidrigen Durchmarsch deutscher Truppen nicht wehren würde.

Die ausschlaggebende Bedeutung dieses Antrages wurde von den Engländern sofort erfaßt. Grey erkannte zum erstenmal die deutsche Absicht, den serbischen Konflikt politisch voll auszunutzen und selbst vor einem Kontinentalkrieg nicht zurückzuschrecken. Daß Deutschland dabei durch Belgien zu marschieren gedachte, war von Bethmann Hollweg schon zugegeben worden. Grey beurteilte das deutsche Angebot als „an offer infamous".

IM NÄCHSTEN HEFT:

Die deutsche Diplomatie gerät ins Wanken — Der Weltkrieg beginnt — Die Schuldfrage



ME

Präzision 8-CZ
und
Formvollendung

ELMO 8 CZ Zoom —
Die erste kompakte 8 mm Schmalfilmkamera mit neuartigem exakten Belichtungsmesser-System:*
Gummilinse F 1.8 — 11 bis 33 mm —
Extremer Weitwinkelbereich von 6 mm durch Weitwinkelvorsatz —
Reflexsucher mit Blendenanzeige —
Elektr. Brennweitenverstellung durch excl. Auslösegriff.
Preis ohne Griff: DM 498,—

**Vollautomatischer Belichtungsmesser mit Fotowiderstand, gespeist von 4 Stück 1,5 V Monozellen – zum gleichzeitigen Antrieb der Kamera dienend.*

Verlangen Sie Prospekte von

varimex

Frankfurt am Main, Zeil 46